

Das Europäische Haus zukunftsfest machen

Beschluss des Deutschlandtags der Jungen Union Deutschlands 2017 in Dresden

1. Europa steht vor großen Herausforderungen

60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge sind die Ziele der damals gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft so aktuell wie nie: Die Gemeinschaft soll die Freundschaft zwischen den Nationen und ihren Völkern bewahren und vertiefen um so Frieden und Freiheit in der europäischen Wertegemeinschaft zu sichern, sie soll Freihandel gewährleisten und damit Wohlstand wahren und sie soll die innere und äußere finanzielle Stabilität und damit wirtschaftspolitische Verlässlichkeit erhalten. Die Geschichte der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Noch nie hat es eine so lange Periode ununterbrochenen Friedens, Wachstums und Wohlstands in Europa gegeben. Gemeinsam sind wir zum weltweiten Vorreiter für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, wirtschaftliche Freiheit und soziale Sicherung geworden.

Doch diese Ziele werden von innen und außen in Gefahr gebracht. Populisten, Nationalisten, Islamisten, Antidemokraten, Links- und Rechtsextremisten wollen das Europäische Haus, das unter großen Mühen von unseren Großeltern und Eltern erbaut wurde, einreißen. Der islamistische Terrorismus, die wachsende Bedrohung durch Handelskriege, der Klimawandel, der Versuch der Einflussnahme Russlands und globale Migrationsbewegungen stellen uns ebenso vor große Herausforderungen wie der anstehende Brexit. Deutschlands Verantwortung als die führende Nation in der EU muss es sein, sich dafür einzusetzen, die Europäische Union als Ganzes zu stärken und den europäischen Werten in der Welt mehr Gewicht zu verleihen. Aus historischem Bewusstsein und aus Respekt vor unseren europäischen Partnern wollen wir als Deutschland deshalb mehr Verantwortung in Europa und gemeinsam als demokratischer Staatenverbund eine Führungsrolle in der Welt übernehmen. Dabei fordern wir kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland. Als Junge Union wollen wir das Europa des Friedens, der Freiheit und des gemeinsamen Wohlstands erhalten und ausbauen. Dafür muss Europa sich mutig weiterentwickeln, um für die anstehenden Herausforderungen gewappnet zu sein.

33 **2. Ein starkes Europa braucht freien Handel**

34

35 Bis heute liegt die Stärke der Europäischen Union in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ih-
36 rer Mitgliedsstaaten. Von der Montanunion und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
37 ausgehend haben wir schließlich einen gemeinsamen Binnenmarkt mit einer gemeinsamen
38 Währung, dem Euro, geschaffen. Diesen Binnenmarkt müssen wir erhalten.

39

40 Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist in diesem Binnenmarkt ein unverzichtbares Gut. Wir begrü-
41 ßen die Möglichkeit des flexiblen Einsatzes der eigenen Arbeitskraft in allen Staaten der EU.
42 Dafür müssen wir die Arbeitnehmerfreizügigkeit erhalten. Dies kann nur gelingen, wenn wir
43 im Gegenzug darauf achten, dass Sozialleistungen im jeweiligen Land nur erhalten kann, wer
44 dort auch ausgebildet wurde oder in die Sozialkassen eingezahlt hat. Ferner muss dafür ge-
45 sorgt werden, dass Sozialleistungen für Ausländer in der in Deutschland üblichen geltenden
46 Höhe auch nur an solche Personen ausgeschüttet ausgezahlt werden, die in Deutschland le-
47 ben. Sozialleistungen dürfen kein Anreiz für Migration sein.

48

49 In Wirtschaftsfragen ist ein einheitliches Auftreten besonders wichtig: Die Europäische Union
50 muss eine Handelspolitik betreiben und die europäischen Interessen nach außen vertreten,
51 indem sie sich insbesondere auch in Zukunft für multilaterale Handelsabkommen wie TTIP
52 einsetzt. Wir sprechen uns klar gegen eine protektionistische Wirtschaftspolitik gegen andere
53 Marktwirtschaften aus, weil wir davon überzeugt sind, dass sie mittel- und langfristig allen
54 betroffenen Staaten schadet. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass durch entsprechende
55 Abkommen europäische Standards sowie der Verbraucherschutz nicht abgeschwächt werden
56 und rechtsstaatliche Verfahren bereitstehen. Wir begrüßen die Abschaffung der Roaming-Ge-
57 bühren. Dennoch sehen wir besonders im Dienstleistungssektor nach wie vor Wettbewerbs-
58 verzerrungen, die das Zusammenwachsen Europas behindern. Daher fordern wir, Wettbe-
59 werbsverzerrungen abzubauen und dies vor allem im Bereich des Internet- und Versandhan-
60 dels schnellstmöglich anzugehen.

61

62 Einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion leistet
63 der Euro als starke europäische Leitwährung. Wir sind überzeugt, dass es auch im Interesse

64 unserer europäischen Partner ist, die Wirtschafts- und Währungsunion zu erhalten, zu vertie-
65 fen. Damit dies gelingen kann und der Euro eine vertrauenswürdige Währung bleibt, muss
66 gewährleistet sein, dass der Stabilitätspakt eingehalten wird. Wir setzen uns dafür ein, dass
67 die bestehenden Sanktionsregelungen dahingehend geändert werden, dass Verstöße künftig
68 automatisch durch die Europäische Kommission geahndet werden können. Das Ziel aller Mit-
69 gliedstaaten muss ein ausgeglichener Staatshaushalt sein. Ferner muss die finanzielle Eigen-
70 ständigkeit der Mitgliedstaaten bestehen bleiben. Gemeinsame Finanzierung, beispielsweise
71 über Eurobonds, und die damit einhergehende Haftung für die Haushaltspolitik anderer, leh-
72 nen wir entschieden ab.

73

74 Unser Ziel ist es, ein glaubwürdiges und praktikables Insolvenzverfahren für die Staaten der
75 Euro-Zone zu entwickeln. Der Zweck eines solchen Mechanismus soll sein, einem Staat die
76 Möglichkeit zu geben, zügig wieder einen Haushalt zu erreichen, der die Maastricht-Kriterien
77 erfüllt. Dies soll auch durch fachliche Unterstützung der anderen Mitglieder geschehen. Miss-
78 lingt die finanzielle Erholung des betroffenen Mitgliedstaates, steht es diesem weiterhin frei,
79 durch ein geordnetes und noch zu entwickelndes Verfahren die Euro-Gruppe zu verlassen. Um
80 die Finanzstabilität im Euroraum dauerhaft zu sichern, ist ein integriertes und gut funktionie-
81 rendes Finanzsystem für eine wirksame und stabile Wirtschafts- und Währungsunion von ent-
82 scheidender Bedeutung. Dazu zählen für uns die Weiterentwicklung der Bankenunion, die
83 Schaffung gemeinsamer Richtlinien zur Abfederung von Risiken im Bankensektor und Maß-
84 nahmen, die die Krisenfestigkeit der Banken sowie der Versicherungen weiter stärken. Um der
85 Wirtschaft vielfältige und innovative Finanzierungsmöglichkeiten auch über die Kapitalmärkte
86 zu eröffnen, muss ferner die Kapitalmarktunion vorangebracht werden. Die sich durch die der-
87 zeitige Politik abzeichnende Verschuldung auf europäischer Ebene gefährdet die Handlungs-
88 fähigkeit zukünftiger Generationen. Eine Transferunion, im Rahmen derer Schulden einzelner
89 Mitgliedsstaaten vergemeinschaftet werden, und damit verbundene Eurobonds lehnen wir
90 ab. Wir fordern die Einhaltung des absoluten Verschuldungsverbots der Europäischen Union.
91 Ziel und Kriterium der Kapitalmarkt- und Bankenunion muss der Grundsatz sein, Haftung und
92 Kontrolle wieder zusammenzubinden. Daher lehnen wir eine gemeinsame europäische Einla-
93 gensicherung strikt ab.

94 3. Ein geeintes Europa braucht eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik

95

96 Auch in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik müssen wir mehr Anstrengungen unter-
97 nehmen, um nach außen als geschlossene Einheit aufzutreten. Wir fordern deshalb die Wei-
98 terentwicklung des Amtes des „Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ zu
99 einem EU-Außenkommissar. Ein solches Amt muss einhergehen mit dem Aufbau einer Euro-
100 päischen Verteidigungsunion und der Einsetzung eines EU-Verteidigungskommissars. Dessen
101 Auftrag soll es sein, die Zusammenarbeit und Kompetenzaufteilung in den europäischen
102 Streitkräften zu fördern und Spezialisierungen zu koordinieren. Breite vor Tiefe hat die euro-
103 päischen Streitkräfte ein hohes Maß an Fähigkeiten gekostet, eine koordinierte Konzentration
104 auf Kernfähigkeiten kann dies wiederherstellen. Der Europäische Rat muss auch in der Vertei-
105 digungspolitik vom Prinzip der Einstimmigkeit abrücken und häufiger mit qualifizierter Mehr-
106 heit Entscheidungen fällen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir den von der Europäi-
107 schen Kommission geschaffenen Europäischen Verteidigungsfonds, mit dem die Investitionen,
108 die auf nationaler Ebene in die Verteidigungsforschung, die Entwicklung von Prototypen und
109 die Beschaffung von Verteidigungsgütern und -technologien fließen, koordiniert, ergänzt und
110 verstärkt werden. Auch ist eine Weiterentwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit im
111 Bereich der Cybersecurity unter den EU-Staaten notwendig. Dazu muss zum einen der Vertei-
112 digungsetat im Bundeshaushalt schnellstmöglich auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes
113 erhöht werden, um das gemeinsame NATO-Ziel zu erfüllen. Zum anderen muss gleichzeitig die
114 Effizienz der Verteidigungsausgaben in Europa erhöht werden, indem in stärkerem Maße auf
115 Spezialisierung und Arbeitsaufteilung zwischen den europäischen Armeen gesetzt wird. Nati-
116 onale Rüstungsvorhaben müssen wenn möglich und im Sinne gemeinsamer militärtechnolo-
117 gischer Standards durch europäische Rüstungsvorhaben ersetzt werden.

118

119 Parallel dazu müssen sich die EU-Staaten auf einen konsequenten Grenzschutz einigen. Zum
120 Schutz vor Straftätern und illegaler Migration fordern wir den Ausbau von Frontex hin zu einer
121 wirksamen, gemeinsamen EU-Grenzpolizei zur Sicherung der Außengrenze, da die gemeinsa-
122 men Anstrengungen zum Schutz des Schengen-Raums auf europäischer Ebene viel zu lange
123 vernachlässigt wurden.

124 Es soll ein einheitliches grenzpolizeiliches Informationssystem geschaffen werden, in dem die
125 Ein- und Ausreise von Drittstaatsangehörigen bei der Überschreitung der Schengenaußen-
126 grenzen elektronisch erfasst, dokumentiert und kontrolliert wird. Weiterhin fordert die Junge
127 Union Deutschlands die Bundesregierung auf, geeignete Maßnahmen zu fördern, um die Aus-
128 wertung von Mobiltelefonen und die Auswertung von Sprache und Dialekten zur Identifikation
129 von Asylbewerbern ohne gültige international anerkannte Ausweisdokumente zu ermögli-
130 chen.

131

132 Die Bundesregierung und die Kommission müssen im Europäischen Rat darauf dringen, dass
133 eine gemeinsame Linie zur zukünftigen Verteilung der Flüchtlinge in Europa gefunden wird
134 und die aktuellen Absprachen eingehalten werden. Für die Zukunft fordert die Junge Union
135 alle Abgeordneten des EU-Parlamentes auf, sich für die konsequente Umsetzung des Flücht-
136 lingsabkommens mit der Türkei einzusetzen. Damit die im Vertrag festgehaltenen Vorgaben
137 wie besprochen umgesetzt werden können, bedarf es einiger organisatorischer Anpassungen
138 auf Seiten der Europäischen Union (EU). Dazu gehören: ein zügiger Ausbau der Unterstützung
139 griechischer Behörden in finanzieller oder personeller Art, die Prüfung eines Aufnahmestopps,
140 bis das im Vertrag vereinbarte Verhältnis wiederhergestellt ist sowie die Unterstützung, um
141 die Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln zu entspannen.

142

143 Europa muss schnellstmöglich grenzsicherungstechnische Alternativen für den nicht unwahr-
144 scheinlichen Fall erarbeiten und anschließend schnellstens umsetzen, falls die Türkei den
145 Flüchtlingspakt mit der EU auflösen sollte. Auf die Staaten an den Außengrenzen Europas muss
146 weiter Druck ausgeübt werden, diese zu schützen. Sind Länder mit dieser Aufgabe überfor-
147 dert, muss die EU mit finanziellen und personellen Mitteln unterstützen. Der Schutz Europas
148 vor illegaler Migration vor allem in die deutschen Sozialsysteme muss für die Bundesregierung
149 oberste Priorität haben. Zum Schutz von Flüchtlingen vor der gefährlichen illegalen Reise nach
150 Europa setzen wir uns zudem dafür ein, mit den nordafrikanischen Staaten und anderen si-
151 cheren Herkunftsländern gemeinsam Lösungen vor Ort zu finden. So werden Flüchtlinge die
152 im Mittelmeer auf Booten aufgegriffen werden in die Länder zurückgebracht, aus denen die
153 Boote gestartet sind. Menschen mit einem Migrationswunsch in die EU muss klar kommuni-
154 ziert werden, dass dieser nur durch das EU-Einwanderungssystem in Erfüllung gehen kann und

155 alle Versuche einer illegalen Migration mit einer Zurückweisung und einem Einreiseverbot ge-
156 ahndet werden. Gleichzeitig sind diese Maßnahmen durch eine verstärkte europäische Ent-
157 wicklungspolitik zu stärken. Neben der Verbesserung der Wirtschaft in den afrikanischen Staa-
158 ten vor Ort muss dabei die bildungsbezogene und berufliche Perspektive der jungen Genera-
159 tion in Afrika in den Fokus gestellt werden. Zeitlich befristete berufliche Qualifikationsstipen-
160 dien in Europa können dafür ein Mittel sein. Zudem muss die EU endlich die illegale Zusam-
161 menarbeit von NGOs und Schlepperbanden im Mittelmeer öffentlich verurteilen und unter-
162 binden. Für die Zukunft brauchen wir ein institutionalisiertes EU-Einwanderungssystem, um
163 einer begrenzten Anzahl an qualifizierten Fachkräften einen Weg in die EU zu ermöglichen.

164

165 Zur Verantwortung Europas und der Grenzsicherung gehört auch der Einsatz für Frieden und
166 Demokratie in den Nachbarländern der Union: Das Assoziierungsabkommen war ein wichtiger
167 Schritt. Nun ist es wichtig, dass die Ukraine die zugesagten Reformmaßnahmen umsetzt. Zu-
168 gleich darf der Druck auf die Regime in Russland und Weißrussland nicht nachlassen. Als Junge
169 Union bemühen wir uns hier weiter um den Dialog mit Zivilgesellschaft und Opposition, aber
170 auch mit Staatsvertretern. Auch in den nordafrikanischen Nachbarländern Europas muss die
171 EU Demokratie und wirtschaftliche Prosperität fordern. Daneben werden wir auch den Aus-
172 tausch mit den Balkanstaaten außerhalb der Europäischen Union fortsetzen. Da Frankreich
173 nach dem Brexit das einzige verbliebene EU-Mitglied mit ständigem Sitz im UN-Weltsicher-
174 heitsrat sein wird, fordern wir einen zusätzlichen ständigen Sitz für die Europäische Union.

175

176 Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen in Zukunft ihre Entwicklungshilfe ge-
177 meinsam koordinieren. Gute Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik beschränkt sich nicht
178 auf die notwendige humanitäre Unterstützung, sondern beinhaltet auch den Auftrag, den Auf-
179 bau zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit zu unterstützen. Auch mit Blick auf die sich andeu-
180 tende Migrationsbewegung in Afrika gilt es, zügig die Entwicklungspolitik der einzelnen Mit-
181 gliedsstaaten abzustimmen und gerade Länder mit demokratischen Strukturen zu „Leuchttür-
182 men“ der Region zu entwickeln.

183

184 **4. Ein starkes Europa braucht eine gute Infrastruktur**

185

186 In einer immer stärker vernetzten Welt kann keiner allein vorankommen. Deshalb sind Ausbau
187 und Weiterentwicklung der europäischen Infrastruktur besonders im ländlichen Raum ein ent-
188 scheidender Punkt für die Entwicklung Europas. Dafür hat die Energieversorgung eine grund-
189 legende Bedeutung. Wir fordern deshalb den Ausbau europäischer Stromnetze, um das Maß
190 an Flexibilität zu erreichen, welches im Rahmen der Energiewende notwendig ist.

191

192 Wir fordern außerdem eine Liberalisierung des europäischen Strommarktes. Darüber hinaus
193 muss auch das grenzüberschreitende europäische Bahnnetz weiterentwickelt werden. Lang-
194 fristig sollte außerdem eine Angleichung der europaweit äußerst unterschiedlichen Mautsys-
195 teme erfolgen und die Besteuerung von Flugreisen vereinheitlicht werden. Wir sprechen uns
196 klar gegen eine einseitige, nationale Luftverkehrsteuer zum Nachteil des Luftfahrtstandortes
197 Deutschland aus. Ein weiterer wichtiger Punkt für eine starke Infrastruktur muss ein besserer
198 Ausbau von Mobilfunk- und Festnetzglasfaseranschlüssen sein. Gerade durch die Globalisie-
199 rung und den innereuropäischen Handel ist das Internet zu einer essentiellen Grundlage für
200 Verhandlungen und Kommunikation geworden.“

201

202 **5. Ein effektives und effizientes Europa braucht eine Reform der Institutionen**

203

204 Die Bürger der Europäischen Union wünschen sich ein geeintes Europa. Doch die EU-Instituti-
205 onen in Brüssel und Straßburg stehen immer wieder in der Kritik. Als Junge Union fordern wir
206 deshalb im Interesse Europas, die Institutionen zu reformieren und die Transparenz zu erhö-
207 hen. Der Sitz des Europäischen Parlamentes sollte ausschließlich in Brüssel sein: Der durch das
208 Pendeln der Abgeordneten entstehende finanzielle und zeitliche Aufwand ist für die Bürger
209 nicht nachvollziehbar. Nichtsdestotrotz muss für die Region Straßburg eine wirtschaftlich sinn-
210 volle Lösung, die sich beispielsweise durch den Brexit ergeben könnte, gefunden werden. Mi-
211 nisterrat und Europäischer Rat sollten durch eine zweite, von den Mitgliedstaaten besetzte
212 Parlamentskammer ersetzt werden. Daneben fordern wir eine Verkleinerung der EU-Kommis-
213 sion auf maximal 15 Kommissare und eine sach- statt herkunftsorientierte Auswahl der Re-
214 präsentanten. Die Arbeit der Kommissare soll durch parlamentarische „Staatssekretäre“ un-
215 terstützt werden. Den Gerichtshof der Europäischen Union wollen wir zu einem Europäischen

216 Verfassungsgericht ausbauen. Zum angemessenen und effektiven Schutz der Unionsgrund-
217 rechte wollen wir den Zugang zum Gerichtshof der Europäischen Union durch eine europäi-
218 sche Individualverfassungsbeschwerde erleichtern. Um die Präsenz Deutschlands in den eu-
219 ropäischen Institutionen zu stärken, wollen wir dauerhafte und vorübergehende Einsätze von
220 öffentlich Beschäftigten aus Deutschland in europäischen Institutionen aktiv fördern, insbe-
221 sondere durch eine stärkere Berücksichtigung bei Entwicklungs- und Beförderungsmöglichkei-
222 ten im öffentlichen Dienst. Außerdem muss das Prinzip der Subsidiarität gestärkt werden: Die
223 Aufgabenverteilung auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene muss neu gedacht
224 werden. An dem langfristigen Ziel, eine Verfassung für die Europäische Union zu schaffen, hal-
225 ten wir fest.

226

227 Die Europawahl ist die Chance für alle europäischen Bürger, die EU aktiv mitzugestalten. Die-
228 ses wertvolle Instrument der Demokratie muss attraktiver gemacht werden. Wir fordern, das
229 Spitzenkandidaten-Prinzip zu institutionalisieren und die Namen der Spitzenkandidaten und
230 der europäischen Parteien auf den Stimmzetteln aufzuführen. Ein EU-weit einheitliches Wahl-
231 recht einschließlich der Sperrklauseln sowie ein einheitlicher Wahltag sind nötig. Jeder EU-
232 Bürger sollte ab der Grundschule eine Amtssprache der Europäischen Union, die nicht die ei-
233 gene Muttersprache ist, lernen, um die barrierefreie Kommunikation zwischen allen EU-Bür-
234 gern zu erleichtern. Zugleich muss Deutsch als meistgesprochene Muttersprache in der EU
235 auch als Amts-, Arbeits- und Vertragssprache der Europäischen Union gestärkt werden.

236

237 **6. Ein Europa der Zukunft braucht eine begeisterte Jugend**

238

239 Gerade die junge Generation muss für Europa begeistert werden. Diejenigen, die mit allen
240 Vorteilen der Europäischen Gemeinschaft aufgewachsen sind und sie als Selbstverständlich-
241 keit erleben, müssen für die Zerbrechlichkeit des europäischen Gebildes sensibilisiert werden.
242 Besonders jetzt gilt es, die junge Generation wieder mehr für Europa zu begeistern, die Gene-
243 ration, die die Zukunft des Kontinents gestalten soll und wird. Eine Mehrheit der jungen Be-
244 völkerung war gegen den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Doch nur eine Min-
245 derheit dieser hat bei der Brexit-Abstimmung auch tatsächlich ihre Stimme abgegeben. Die
246 Vision Europa muss dringend wiederbelebt und aktiv von uns mitgestaltet werden. Hierfür

247 kann eine Neuauflage des Élysée-Vertrages mit unbürokratisch geförderten Städte- und Schul-
248 partnerschaften und weiteren Austauschprogrammen ein wichtiger Impulsgeber sein.

249

250 Europa besteht nicht vorrangig aus starren politischen Institutionen und Strukturen, sondern
251 es geht auch darum, die Menschen zusammenzubringen. Wir müssen dafür sorgen, dass Eu-
252 ropa die jungen Leute wieder begeistert. Besonders gilt es nicht, nur junge Menschen aus Aka-
253 demikerfamilien bzw. angehende Akademiker zu fördern, sondern auch jenen aus Familien
254 mit niedrigen Einkommen die Möglichkeit zu geben, Europa zu bereisen. Die Junge Union for-
255 dert daher, jedem europäischen Bürger zu seinem 18. Geburtstag Zugang zu einem persona-
256 lisierten Free-InterRail-Ticket ohne bürokratischen Aufwand zu gewähren. Das InterRail-Ticket
257 zum 18. Geburtstag kann ein Leuchtturm-Projekt werden, das eine gemeinsame europäische
258 Identität näherbringt. Dazu gehört für uns auch eine Reduzierung von Eintrittsgeldern für von
259 der EU geförderte Sehenswürdigkeiten und Museen.

260

261 Das Zusammenwachsen Europas beginnt für uns bereits in unseren Kindertagesstätten, Kin-
262 dergärten und Schulen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der grenzüberschreitende Be-
263 such von Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen ermöglicht und dauerhaft Normalität
264 wird. Internationale Schulen, Europa- und EUREGIO-Schulen wollen wir stärken und ausbauen.
265 Der Geschichtsunterricht muss eine stärker europäische Perspektive einnehmen und auf ent-
266 sprechendes Lehrmaterial wie z.B. das deutsch-französische Geschichtsbuch zurückgreifen.
267 Die Teilnahme an einem kostenlosen Schüleraustausch in einem anderen Mitgliedstaat der
268 Europäischen Union wollen wir ebenso zum festen Bestandteil unserer Lehrpläne machen wie
269 den Besuch europäischer Institutionen in Brüssel, Luxemburg oder Straßburg. Die Vergabe
270 und Anerkennung binationaler Berufsabschlüsse und bilingualer Schulabschlüsse sowie grenz-
271 überschreitende Studiengänge und Studienabschlüsse wollen wir fördern. Zugleich bekennt
272 sich die Junge Union zum erfolgreichen Modell der dualen Ausbildung und setzt sich weiterhin
273 für deren Erhalt und Förderung ein. Die Bundesregierung wird darüber hinaus dazu aufgefor-
274 dert, neue Programme zu entwickeln die es Unternehmen ermöglichen, junge Menschen eu-
275 ropaweit anzuwerben und auszubilden.

276 Neben ihrer Forderung nach einem Free-InterRail-Ticket begrüßt die Junge Union daher aus-
277 drücklich die Erweiterung des ERASMUS+-Programms. Dieses spielt eine zentrale Rolle im in-
278 nereuropäischen Bildungs- und Wissenschaftsaustausch. Die finanzielle Erweiterung bietet
279 neue Perspektiven für die Bildungszusammenarbeit und die Mobilität von bis zu fünf Millionen
280 Schülern, Studenten, Praktikanten und Auszubildenden bis 2020. Die Erweiterung sowie die
281 Integration der Programme für Schüler und Auszubildende in ERASMUS+ war ein längst über-
282 fälliger und notwendiger Schritt. Wir fordern die Europäische Kommission auf, Unternehmen
283 für die Möglichkeiten von ERASMUS+ zu sensibilisieren, damit mehr Auszubildende die Chance
284 auf Auslandserfahrung bekommen. Darüber hinaus fordern wir, die Mittel künftig auszubauen
285 und auch für nach 2020 zu sichern. Eine Vereinfachung der Antragstellung, insbesondere im
286 Jugendbereich, ist zwingend notwendig.

287

288 **7. Ein geeintes Europa braucht zusammenwachsende Grenzregionen**

289

290 In den Grenzregionen ist die europäische Einigung für die Menschen besonders stark spürbar.
291 Viele Menschen denken, leben und arbeiten hier längst grenzüberschreitend. Ein immer en-
292 gerer Zusammenwachsen der Grenzregionen ist gleichbedeutend mit einem immer engeren
293 Zusammenwachsen der Europäischen Union.

294

295 Die Junge Union setzt sich daher für einen Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenar-
296 beit auf allen Ebenen und in allen Bereichen ein. Ein wichtiger Baustein dafür sind für uns die
297 EUREGIOs. Mit ihrer Arbeit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Entstehen gemeinsamer
298 Lebens- und Wirtschaftsräume. Die EUREGIOs unterstützen wir daher ebenso wie die vielfäl-
299 tigen Projekte im Rahmen grenzüberschreitender interkommunaler Zusammenarbeit.

300

301 Auch im Bereich der Inneren Sicherheit müssen wir verstärkt grenzüberschreitend denken und
302 handeln. Die Junge Union fordert, sich auf europäischer Ebene für eine bessere europaweite
303 Fahndung nach mutmaßlichen Straftätern einzusetzen und entsprechende Vorschläge einzu-
304 bringen. Der islamistische Terrorismus macht ebenso wie Einbruchs- und Drogenkriminalität
305 vor nationalen Grenzen keinen Halt. Die Junge Union Deutschlands setzt sich für eine stärkere
306 Vernetzung der europäischen Polizeibehörden untereinander und unter der Leitung von Eu-

307 ropol ein. Zudem soll Europol vom Status einer Agentur der Europäischen Union zur europäi-
308 schen Polizeibehörde erhoben werden, mit EU-weiten Exekutivbefugnissen. Wir fordern da-
309 her eine verstärkte grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und den Aufbau einer
310 europäischen Staatsanwaltschaft. Dazu gehören für uns insbesondere die Entsendung von
311 Verbindungsbeamten in andere Mitgliedstaaten und umgekehrt, die Einsetzung grenzüber-
312 schreitender Ermittlungsgruppen und der grenzüberschreitende Datenaustausch zwischen
313 den Sicherheitsbehörden sowie die Einführung der gemeinsamen Datenbank mit der Ver-
314 pflichtung zur Meldung und der Möglichkeit zur effektiven Sanktionierung bei Nichtmeldung.
315 Der Austausch nicht nur von polizeilichen Daten, sondern auch von relevanten geheimdienst-
316 lichen Informationen, ist ein elementarer Beitrag zur Bekämpfung von internationaler Krimi-
317 nalität und Terrorismus. Deshalb fordern wir die Mitgliedstaaten auf, in diesen Bereichen noch
318 stärker zu kooperieren. Nichtsdestotrotz muss es den Mitgliedstaaten weiterhin vorbehalten
319 bleiben, bei begründeten Gefahrensituationen, wie bei terroristischen Anschlägen, im Rah-
320 men des Schengener Abkommens Grenzkontrollen durchzuführen. Auch im Bereich des Kata-
321 strophenschutzes und der medizinischen Notfallhilfe wollen wir die Zusammenarbeit über
322 Grenzen hinweg, etwa durch grenzüberschreitende Krisenzentren bei Naturkatastrophen,
323 stärken.

324

325 **8. Perspektiven für die EU**

326

327 Die Europäische Union versteht sich als Hüter von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und christ-
328 lich-abendländischer Leitkultur. Staaten, die diese Kriterien nicht erfüllen, können keine Mit-
329 glieder der Europäischen Union werden. Die Rechte von Mitgliedsstaaten, die diese Kriterien
330 dauerhaft und schwerwiegend missachten, müssen ausgesetzt werden. Die Junge Union for-
331 dert die Beendigung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und die Rückzahlung der Vor-
332 beitritts Hilfen. Ein Beitritt in die Zollunion ist mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen undenk-
333 bar. Eine Visafreiheit zwischen der EU und der Türkei lehnen wir bis auf weiteres ab. Vor einem
334 EU-Beitritt weiterer Kandidatenländer muss jeweils umfassend sichergestellt werden, dass sie
335 alle Kriterien ausnahmslos und nachhaltig erfüllen. Dabei sollen Deutschland und die EU den
336 Balkan-Staaten nach wie vor eine realistische Beitrittsperspektive bieten und in den betref-
337 fenden Staaten die hierfür notwendigen Reformen antreiben und unterstützen, allein schon,
338 um eine Orientierung der Balkan-Staaten an Gesellschafts- und Politikmodellen autoritärer

339 Staaten zu verhindern. Nur mit einem politisch stabilen Balkan kann der Frieden in Europa
340 dauerhaft erhalten bleiben.

341

342 In der Frage um den Austritt Großbritanniens müssen die Europäischen Staaten eine gemein-
343 same Linie finden und sich auf ausschließlich bilaterale Verhandlungen zwischen der Europäi-
344 schen Union und dem Vereinigten Königreich verständigen. Die Botschaft muss eindeutig sein:
345 Wer die Union verlässt, muss mit den Folgen leben. Teilhabe am Binnenmarkt darf britischen
346 Unternehmen nur im Gegenzug für die Gewährung europäischer Grundfreiheiten gewährt
347 werden. Sollte Schottland nach einer erneuten Volksabstimmung die Unabhängigkeit erlan-
348 gen, sehen wir einem Beitritt Schottlands zur EU positiv entgegen. Die Junge Union spricht
349 sich auch in Zukunft für eine gute Beziehung zwischen Deutschland und dem Vereinigten Kö-
350 nigreich aus.

351

352 Den Begriff „Kerneuropa“ lehnen wir ab, weil er andeutet, es solle ein Zweiklasseneuropa ge-
353 ben. Genau dies würde aber eine Spaltung in Europa vorantreiben. Als zielführender sehen
354 wir das flexible Konzept der abgestuften Integration, das auch als Europa der verschiedenen
355 Geschwindigkeiten bezeichnet wird. Bei der abgestuften Integration gibt es nicht zwei Klassen,
356 sondern mehrere Länder können sich zur Erreichung verschiedener Ziele in unterschiedlichen
357 Politikbereichen zusammenschließen. Eine derartige Vorgehensweise gibt es derzeit etwa im
358 Bereich des Euro oder im Schengen-Raum.

359

360 Dabei ist strikt darauf zu achten, dass die Zusammenschlüsse stets offen für Beitritte anderer
361 EU-Staaten sind – alleine aufgrund deren Beschlusses und ohne Zustimmung der vorangehen-
362 den Staaten. Dadurch wird verhindert, dass einige Länder sich abkapseln können.

363

364 Die vorgeschlagene flexible Lösung schafft keine zusätzlichen Institutionen, wie sie für ein Ker-
365 neuropa wahrscheinlich wären, sondern die bestehenden Institutionen müssen nur neue
366 Kompetenzen aufbauen. Bei den entscheidenden Säulen der EU-Politik bleibt es dabei, dass
367 alle EU-Staaten gemeinsam entscheiden und die Politik mittragen. Das langfristige Ziel eines
368 Europas der mehreren Geschwindigkeiten ist es, dass alle EU-Länder erkennen können, wel-
369 che Vorteile sich aus den jeweiligen Initiativen ergeben und diese damit ebenfalls aufgreifen

370 und die EU sich somit in mehreren Geschwindigkeiten weiterentwickelt. So soll eine Überfor-
371 derung einzelner Staaten verhindert werden und auf die Einzelinteressen besser Rücksicht ge-
372 nommen werden.